

ESST
MEHR
GELD



VOR DER ENTWARNUNG WIRD GEWARNT

Trotz vorübergehender Stabilisierung – ein weiterer Absturz des Euro ist wahrscheinlich. Die Euro-Gegner suchen auf einer Konferenz Ende September in Berlin «Wege aus der Gefahr».

Hat der Euro den «ersten Geldkrieg des 21. Jahrhunderts» (Spiegel) überstanden? Im Frühsommer schien die Lage bedrohlich. Anfang Mai 2010 sprach Joachim Sanio, Chef der deutschen Bundesfinanzaufsicht BaFin, von einem «Angriffskrieg gegen die Euro-Zone». Mitte Mai 2010 verkündete der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy die «Generalmobilmachung». Das klang nach Durchhalteparolen. In der Folge schickte die Bundeskanzlerin das letzte Aufgebot ins Feuer – die Zukunftsreserven des deutschen Staatshaushalts, die Notgroschen der deutschen Sparer. Die gross angelegten Euro-Rettungsaktionen von EU, EZB und IWF werden den deutschen Steuerzahler im Extremfall über 170 Milliarden Euro kosten.

KAPITULATION ALS VERTEIDIGUNG

Die Argumentation der EU-Granden, diese Summen seien notwendig, um unser Geld gegen die Spekulanten zu verteidigen, ist absurd. Vielmehr hat man den Finanzmärkten ihre Forderungen etwa an Griechenland garantiert und sie dadurch zum weiteren Powerplay animiert: Die Gelder, die jetzt nach Athen fliessen, kommen nicht der griechischen Bevölkerung zugute, sondern werden direkt zur Bedienung der Schulden bei den ausländischen Finanzhaien verwendet. Kaum zu glauben: Die Bundesregierung selbst hat die Gesetze so formuliert, dass die Banken nicht zur Co-Finanzierung der Mega-Pakete herangezogen werden!

Auf welches Land sich die Spekulanten als nächstes stürzen werden, ist schwer zu sagen. Portugal, Irland, Griechenland, Spanien – für die die Jäger die infame Abkürzung PIGS geprägt haben, was auf Englisch «Schweine» bedeutet – stehen auf der öffentlichen Beuteliste an oberster Stelle. In diesen plus Italien haben deutsche Banken Ausstände in Höhe von 515,9 Milliarden Euro. Die Staaten Osteuropas werden dabei vergessen; sie gehören zwar nicht zur

Euro-Zone, haben aber hohe Darlehen vor allem von österreichischen Instituten bekommen.


DIE NÄCHSTEN BOMBEN TICKEN SCHON

Es ist wohl wahr, dass die wirtschaftlichen Kennziffern in den genannten Staaten etwas weniger schlecht sind als im Falle Griechenlands, etwa was das Haushaltsdefizit und die Staatsverschuldung angeht. Entscheidend ist jedoch, dass die Wallstreet auf dem ganzen Kontinent ihre Derivatbomben platziert hat und die jeweiligen Regierungen aufgrund der undurchschaubaren Struktur der Finanzmärkte die Gefahren gar nicht genau lokalisieren können.

Das ganze Ausmass der Gefährdung für unseren Kontinent machte ein Geheimbericht der Europäischen Kommission im Februar 2009 deutlich: Demnach bestehen 18,3 Billionen Euro, d.h. 44 Prozent der gesamten Vermögenswerte aller europäischen Banken, aus «hochgiftigen» Schrottpapieren. Wie will man diesen Risiken mit einer Abschirmung von 0,75 Billionen Euro begegnen, wie sie die Euro-Staaten am 9. Mai 2010 beschlossen haben? «Sie bauen Sandburgen, um eine Tsunami-Welle aufzuhalten», kommentierte Sahra Wagenknecht im Bundestag zu Recht.

EURO-DOLLAR ODER EURO-MARK

Einige Wirtschaftsführern scheinen zu ahnen, dass die Tage des bisherigen Euro gezählt sind. Warum sollte sonst die Europäische Zentralbank im Dezember 2009 eine umfangreiche Studie veröffentlichen, die die Möglichkeiten eines Austritts oder Ausschlusses aus der Euro-Zone durchspielte? Warum unkt ausgerechnet Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann, dass Griechenland das Hilfspaket nicht werde zurückzahlen können? Warum prophezeite Obama-Berater Volcker Mitte Mai 2010 «einen Kollaps der Euro-Zone»?

Doch niemand sollte sich der Illusion hingeben, diese seit langem dem Globalismus verpflichteten Kräfte würden beim Voranschreiten der Währungskrise eine Entflechtung der Euro-Zone oder gar 

eine Rückkehr zur Deutschen Mark favorisieren. Sie werden den umgekehrten Weg gehen und den Europäern die Flucht in eine atlantische Superwährung empfehlen – den Euro-Dollar. Nur wenn beide Geldsysteme fusionierten, werde die Spekulation aus der Dollar-Zone gegen den Euro aufhören, werden sie uns weismachen. Was sie uns verschweigen werden: Dass wir nach einem Beitritt zur Dollar-Zone mit unseren Sparguthaben nicht nur für die griechischen oder spanischen Schulden haften würden, sondern auch für die weit grösseren US-amerikanischen.

DIE HILFE KAM AUS CHINA UND DER SCHWEIZ

Mittlerweile ist der Euro aber wieder in einer stabileren Phase. Der Kurs stieg von 1,18 Dollar Ende Mai auf über 1,30 Dollar im August an. Die Europäische Zentralbank, die innerhalb von vier Wochen bis Mitte Juni 500 Milliarden Dollar zur Stützung defizitärer Euro-Staaten verbraten hatte, konnte ihr Hilfsprogramm mittlerweile weitgehend zurückfahren. Statt dem Euro steht nun der Dollar unter Druck – die Gelddruckmaschinen der Federal Reserve drehen sich immer schneller und unterminieren das Vertrauen der Kapitalmärkte.

Ist der Euro also aus dem Schneider? Vor Entwarnung wird gewarnt! Der Absturz wurde nur zeitweise verhindert, weil zwei Geldmächte von ausserhalb der EU zu Hilfe kamen: Die Schweiz, bis vor kurzem von Brüssel und Berlin noch als Steuer-Schurkenstaat behandelt, kaufte für über 100 Milliarden Franken Euro auf und stützte so dessen Kurs. Die Chinesen buttern vermutlich noch mehr Kapital in die Abwehrschlacht. Als die Bundeskanzlerin Mitte Juli 2010 in Peking war, wiesen die Gastgeber coram publico auf ihre Verdienste bei der Euro-Rettung hin. China habe in der «Staatsschuldenkrise eine helfende Hand ausgestreckt zum gegenseitigen Nutzen», betonte Premier Wen Jiabao.



Von Jürgen Elsässer ist soeben das Buch erschienen: **«Der Euro-Crash – Griechenland war erst der Anfang»** Kai Homilius Verlag, 2010. 100 S. 7.50 Euro. www.compact-reihe.de

AUFSTAND DER EURO-KRITIKER

Fachleute und Initiativgruppen, die sich von den Placebos aus Politik und Mainstream eher in ihrer Euro-Skepsis bestärkt fühlen, veranstalten am 25. September unter dem Titel «Der Euro vor dem Zusammenbruch – Wege aus der Gefahr» eine grosse Konferenz in Berlin. Unter den Rednern sind mit Wilhelm Hankel und Karl Albrecht Schachtschneider zwei Experten, die schon 1998 vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Euro-Einführung geklagt haben. Ein weiteres Highlight wird der Vortrag von Max Otte sein. Sein Buch «Der Crash kommt» ist mit einer verkauften Auflage von über 500.000 der Gigant unter den Krisen-Bestsellern. Im Unterschied zu dem auch im etablierten Politik-Betrieb renommierten Otte vertritt Walter K. Eichelburg eher die Sichtweise der am Gold orientierten Apokalyptiker – sein Infoportal hartgeld.com ist zum wichtigsten Anlagetippgeber der Papiergeldflüchter geworden. Eberhard Most, stellvertretender Zentralbankchef der DDR, war in den neunziger Jahren im Vorstand der Deutschen Bank, wird einen «Dritten Weg» zwischen Kapitalismus und Sozialismus skizzieren. Man darf gespannt sein, ob der EU-Abgeordnete Nigel Farage, der bekannteste EU-Gegner Grossbritanniens, und Mittelstands-Fürsprecher Eike Hamer dabei mitgehen.

Veranstalter der Konferenz ist die «Volksinitiative gegen Finanzkapital», die gegen die Globalisierung ein Bündnis «von Lafontaine bis Gauweiler» propagiert und für einen «Volksentscheid über den Euro» wirbt.

Den aktuellen Stand der Konferenz können Interessierte auf der Website www.euro-konferenz.de verfolgen. Darüber können sich Interessierte auch anmelden, was angesichts des grossen Besucherandrangs dringend empfohlen ist.

Irrtum: 91 Prozent der Staatsverschuldung sind gar nicht krisenbedingt

Wegen der vielen Notprogramme gegen die Krise entsteht der Eindruck, die wachsende Staatsverschuldung sei ein unvermeidbares Produkt der Krise. Doch der weitaus grösste Teil der Haushaltsdefizite, die die Staatsverschuldung antreiben, ist seit sehr vielen Jahren strukturell bedingt und wird sich auch nach einem allfälligen Ende der Krise noch weiter verstärken.

Die Kosten der Kreditkrise, der Bankenrettungsprogramme und der Rezession haben die Verschuldung in den grossen Industrieländern nur um etwa neun

Prozent angehoben. Der Rest kommt aus den wachsenden strukturellen Kosten alternder Bevölkerungen für Renten, Gesundheit und Pflege, die noch weiter zunehmen werden. Ein anderer Teil geht auf ständige Steuersenkungen für Unternehmen und Spitzenverdiener zurück. Damit setzten sich einerseits die Interessen der Besserverdiener global durch, andererseits versuchten die Regierungen, ihre Unternehmen in eine bessere Wettbewerbssituation zu bringen. Am Ende wird diese Lawine nur durch drastische Steuer-

anhebungen bei den sozial Stärkeren und den Unternehmen, verbunden mit strikten Absprachen gegen Steuerdumping, aufzuhalten sein. *Joachim Jahnke*

Der Autor gibt einen interessanten Newsletter heraus und ist Autor mehrerer Bücher, zuletzt von: **Die zweite grosse Depression – wo die Krise herkommt, wo sie hinführt, was tun?** Shaker Verlag, 2010. 180 S., 94 Abb. € 14,95. www.jjahnke.net